

BREXIT – BRITISCHES DRAMA, EUROPÄISCHE HERAUSFORDERUNG

Enrico Letta | *Vorsitzender des Jacques Delors Institute*

Yves Bertoncini, Josep Borrell-Fontelles, Jean-Louis Boursanges, Laurent Cohen-Tanugi, Pavel Fischer, Nicole Gnesotto und Riccardo Perissich | *Mitglieder des Verwaltungsrats des Jacques Delors Institute*

Das klare Votum der Briten für einen Austritt aus der Europäischen Union hat zahlreiche Reaktionen nach sich gezogen, die im Kontext einiger einfacher Befunde gesehen werden müssen: Der Brexit ist zunächst ein britisches Drama. Er resultiert aus einer nationalen demokratischen Entscheidung, die einen Sonderfall darstellt. Für die EU, deren Verfechter stärker verdeutlichen müssen, warum wir gemeinsam stärker sind, ist er eine zusätzliche Herausforderung.

Eine kürzere Version dieses Artikels wurde von folgenden europäischen Zeitungen veröffentlicht: EurActiv.com, Huffingtonpost.de, [Le Figaro](http://LeFigaro.com), [La Repubblica](http://LaRepubblica.com), [La Vanguardia](http://LaVanguardia.com) und [To Vima](http://ToVima.com).

1. Shakespeare, was Shakespeare gebührt: Der Brexit ist zunächst ein britisches Drama

Für die EU kommt der Brexit einem Erdbeben gleich, das durch die seismische Verwerfung ausgelöst wurde, die die Beziehungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union von Beginn an charakterisiert hat. Zahlreiche aus der gegenwärtigen Situation resultierende Faktoren, darunter die Ablehnung der Londoner Polit- und Finanzelite und die parteiinternen Machtkämpfe bei den Konservativen, haben zum Ausgang des Referendums beigetragen. Das Ergebnis spiegelt jedoch auch die historischen und geografischen Besonderheiten Großbritanniens wider, die insbesondere mit seiner Insellage, seiner imperialen Vergangenheit, seiner globalen wirtschaftlichen Ausrichtung oder auch mit seinem entschlossenen Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Zusammenhang stehen. Letzterer erklärt, warum die älteren Wähler in Großbritannien nicht so „europhil“ sind wie in den übrigen EU-Mitgliedsländern. Nicht zu schnell aus dem Blick geraten sollte auch die extreme und anhaltende Europafeindlichkeit der britischen Boulevardpresse, die beim Ausgang des Referendums vom 23. Juni ebenfalls eine Schlüsselrolle gespielt hat.

Die Kampagne für das britische Referendum wurde natürlich auch von der Bevölkerung der übrigen EU-Mitgliedstaaten mitverfolgt, die zuweilen das Gefühl hatte, dass die Abstimmung in ihrem Namen erfolgt. Sie konzentrierte sich auf Themen, die in den meisten EU-Mitgliedsstaaten bzw. in Brüssel auch weiterhin im Mittelpunkt des Interesses stehen werden, wie die Freizügigkeit von Personen und Arbeitskräften oder die Verteilung der Kompetenzen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten. Dennoch ist es wichtig, Shakespeare zu geben, was Shakespeare gebührt:

Zum einen, um die Besonderheiten der Abstimmung vom 23. Juni zu erklären, und zum anderen, um die von der britischen Bevölkerung gewünschte Scheidung zu vollziehen und den Rahmen einer neuen Partnerschaft zwischen Großbritannien und der Europäischen Union zu definieren und dabei die negativen Auswirkungen, die der Brexit auf wirtschaftlicher, sozialer und diplomatischer Ebene nach sich zieht, auf ein Minimum zu beschränken.

2. Der Brexit ist eine nationale demokratische Entscheidung und damit ein Sonderfall

Die Europäische Union ist kein „Gefängnis der Völker“. Es steht den Briten frei, die EU zu verlassen, zumal sich die Mehrheit der Bevölkerung dafür ausgesprochen hat. Reflexionen und Maßnahmen der britischen Behörden sowie der EU-Bürger und -Mitgliedsstaaten müssen diesem von der Bevölkerung bekundeten Willen nunmehr bedingungslos Rechnung tragen.

Im gegenwärtigen Kontext einer zunehmenden Europaskepsis wird der Brexit auch in anderen europäischen Ländern für „Nachbeben“ sorgen und den Forderungen nationaler Referenden über die EU-Mitgliedschaft Auftrieb geben. Diese Vorliebe für Referenden wird häufig von minoritären politischen Kräften ins Feld geführt, denen es nicht gelingt, im Wege der repräsentativen Demokratie an die Macht zu kommen, da ihnen die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in ihrem jeweiligen Land kein Vertrauen entgegenbringt. Es liegt also allein an ihnen, ob sie die nächsten Wahlen gewinnen und damit ein Referendum über die EU oder andere Themen organisieren können. Die politischen Turbulenzen, die Großbritannien seit dem Sieg der Brexit-Befürworter erlebt, erinnern daran, dass Volksentscheide

zu Ergebnissen führen können, die sich situationsbedingungen, dem Protest dienenden und zuweilen widernatürlichen Bündnissen verdanken, und nicht mit einem „Plan B“ oder einem klaren Aktionsprogramm einhergehen, der bzw. das dann im Rahmen der repräsentativen Demokratie definiert werden muss.

Betrachtet man die Situation in Großbritannien, muss zunächst zwischen der Europaskepsis, d.h. der – im Übrigen oft widersprüchlichen – Kritik an der EU bzw. ihrem merklichen Imageverlust, und der Europafeindlichkeit, also dem Austrittswunsch, unterschieden werden. Außerdem darf nicht vergessen werden, dass ein EU-Austritt für viele Mitgliedsstaaten auch einen Austritt aus der Eurozone und dem Schengenraum mit sich bringen würde und dass dieser doppelte Bruch wesentlich schwerwiegendere Folgen hätte als der „einfache“ Austritt Großbritanniens, der dieses Land in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht bereits massiv zu destabilisieren scheint. Hüten wir uns also davor, der Vorstellung zu erliegen, dass der Brexit den Anfang einer „Auflösung“ der Europäischen Union markiert. Letztere sieht sich *de facto* mit maßgeblichen Differenzen zwischen den verschiedenen EU-Bürgern und -Mitgliedsstaaten konfrontiert. Diese beabsichtigen jedoch nicht, aus der EU auszutreten. Der Brexit ist für die EU in erster Linie eine zusätzliche politische Herausforderung, die das Bewusstsein für das Ausmaß der Krise der Europäischen Union schärfen und sie zu einem noch energischeren Vorgehen veranlassen muss.

3. Der Brexit sollte Anlass für eine Erläuterung sein, warum wir gemeinsam stärker sind

Bei allem Respekt, den wir unseren britischen Freunden schulden, die sich für den Alleingang entschieden haben, müssen sich die nationalen und europäischen Behörden mehr denn je auf die zahlreichen anderen dringlichen Herausforderungen konzentrieren, denen sich die EU gegenüber sieht, und dabei verdeutlichen, warum wir im Kontext der Globalisierung gemeinsam stärker sind.

Sie müssen deutlicher hervorheben, dass die Europäer der Wille eint, wirtschaftliche Effizienz, sozialen Zusammenhalt und Umweltschutz in einem pluralistischen Rahmen miteinander zu verbinden. Zudem müssen sie Entscheidungen treffen, die diesem weltweit einzigartigen Streben nach Ausgewogenheit Rechnung tragen, insbesondere durch die Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Möglich

wäre dies etwa in Form eines neuen umfangreichen Investitionsplans, der den „Juncker-Plan“ erweitern würde.

Sie müssen zeigen, dass „Einigkeit stark macht“, wenn die Geschichte erneut eine tragische Wende nimmt, und auf die vielfältigen Bedrohungen – den islamistischen Terrorismus, das Chaos in Syrien und Libyen, die unkontrollierten Migrationsbewegungen, die aggressive Politik Russlands, aber auch die Auswüchse der Finanzwelt, die Energieabhängigkeit, den Klimawandel oder das Machtstreben Chinas – mit einer Förderung der Europäischen Union antworten. Angesichts all dieser Bedrohungen und Herausforderungen ermöglicht uns die EU durch die begrüßenswerte Schaffung eines europäischen Grenzschutzkorps und in der Folge durch eine gemeinsame Ausübung unserer Souveränität eine bessere Gestaltung unserer Zukunft.

Die nationalen und europäischen Behörden müssen auf die Identitätsängste der EU-Bürger reagieren, die nach dem Brexit 6% der Weltbevölkerung ausmachen werden und denen die internationale Öffnung auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene in besonderem unterschiedlichem Maße zugutekommt. Die Schaffung eines „Erasmus Pro“-Programms für Lehrlinge hätte in diesem Zusammenhang besondere Symbolwirkung.

Im Grunde müssen sie die Bevölkerung in eine neue Welt voller Möglichkeiten, aber auch Bedrohungen führen, in der Europa eine immer weniger zentrale Rolle spielt. Dazu müssen die Gefühle der europäischen Bürger angesprochen werden, indem auf ihre Hoffnungen und Ängste eingegangen wird, ohne dass sie zu Verbrauchern oder Steuerzahlern reduziert werden. Initiativen zur Stärkung der kollektiven Sicherheit, die Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft zur Terrorismusbekämpfung etwa, würden eine vorteilhafte Verknüpfung von operativer Dringlichkeit und emotionaler Dimension ermöglichen.

Die EU braucht nicht nur eine durch den Brexit auf den Plan gerufene Feuerwehr zur Eindämmung einer neuen Krise. Ein neuer Aufwind der Europäischen Union braucht mehr denn je Architekten und Visionäre, die dieser einzigartigen Union, die in der schwierigen Situation der Nachkriegszeit auf den Weg gebracht wurde und die im Kontext der Globalisierung nach wie vor Sinn für die Jugend und zukünftige Generationen macht, wieder eine Richtung und eine Seele geben können.